

„Wir wollen keine Almosen vom Staat“

Ein neuer Verbund von Landwirten macht mit einer ungewöhnlichen Forderung auf sich aufmerksam. Sprecher Alfons Wolff erklärt, was dahintersteckt.

Herr Wolff, trotz den jüngsten Niederschlägen zeichnen sich in diesem Jahr wieder Ernteausfälle aufgrund von starker Trockenheit ab. Eine Dürrehilfe, wie es sie im Jahr 2018 gab, lehnt Ihr Verband, die Freien Bauern, aber ab. Warum?

Wir lehnen eine Dürrehilfe nicht grundsätzlich ab. Aber wir wollen keine Hilfe, bei der das Verfahren so läuft wie beim letzten Mal. Die Anträge waren sehr aufwendig, die Verteilung ungerecht.

Was genau stört Sie?

Es wurden Betriebe bevorzugt behandelt, die durch die Dürre in Schieflage geraten waren, etwa weil sie sich mit Krediten übernommen hatten. Diese Betriebe haben das Geld vom Staat direkt an die Ban-

– aber gleichzeitig Importe zugelassen, die diesen Normen nicht genügen. Die Landwirte werden so stark eingeschränkt, zum Beispiel durch die neue Düngeverordnung, dass wir unser Geld nicht mehr selbst verdienen können und wie Marionetten am Tropf staatlich gesteuerter Ausgleichszahlungen hängen.

Stichwort Düngeverordnung: Auch dagegen rebelliert Ihr Verband weiter, obwohl sie nun beschlossene Sache ist und eine längst überfällige EU-Richtlinie umsetzt. Warum geben Sie nicht auf?

Die Düngeverordnung in dieser Form gehört abgeschafft. Die Verwaltung hat hier ihre Hausaufgaben nicht gemacht, die Nitratwerte beruhen jedenfalls nicht auf einem flächendeckenden Messstellen-Netz. Es wurden überwiegend Proben mit hohen Werten gemeldet und nicht überprüft, was die Ursache dafür ist. Dadurch wurden nebulöse rote Gebiete festgelegt. An den Hot Spots muss die Landwirtschaft natürlich gegensteuern, auch wir wollen Boden, Wasser und Luft nicht schädigen. Aber so pauschale Regelungen wie in Deutschland verlangt die EU überhaupt nicht.

Sie unterstellen den Behörden also die Manipulation von Daten?

Die Zusammenstellung der Messwerte, die das Umweltbundesamt 2016 nach Brüssel gemeldet hat, erfolgte nicht nach transparenten Kriterien. Sie ist auf keinen Fall repräsentativ für das Grundwasser in Deutschland. Kein EU-Land bis auf Finnland und Schweden hat so wenige Messwerte pro Fläche gemeldet wie wir. Über die Gründe für diese Manipulation will ich nicht spekulieren.

Es soll doch nun aber eine Differenzierung nach dem Verursacherprinzip geben. Reicht Ihnen das nicht?

In ganz Deutschland gelten die strenger Regeln für den Einsatz von Stickstoffdünger jetzt schon. Erst kippt man uns also einen Eimer heißes Wasser über den Kopf und will es dann mit kaltem Wasser richten. Die Akzeptanz unter den Landwirten ist dafür einfach nicht da. Deshalb gibt es ja auch schon Klagen, und das unterstützen wir.

Sie agieren hier und in vielen anderen Bereichen forscher als der Deutsche Bauernverband (DBV), mit 285 000 Mitgliedern der größte Vertreter Ihrer Zunft. Macht er seine Arbeit in Ihren Augen nicht gut?

Funktionäre des DBV sitzen in allen möglichen Gremien von Banken, Industrie und Politik. Da sind die Interessen vielfältig und nicht unbedingt deckungsgleich mit unseren bäuerlichen Interessen. Wenn die Verflechtungen zwischen Verband und Politik so groß sind, findet derjenige, der vertreten werden soll, nicht mehr statt. Ein aktuelles Beispiel dafür ist der Milchmarkt.

Sie sprechen von den Plänen der Regierung, die Lagerhaltung von Milchpulver zu bezuschussen, um die gesunkene Nachfrage nach Milch zu überbrücken. Genau. Der Bauernverband hat der Regierung glaubhaft gemacht, dass die Milchbauern das so wollen. Aber wem nützt das wirklich? Großen Konzernen wie Aldi und Co., vielleicht einigen Power-Molkern, die lieber einen kleinen Preis in Kauf nehmen, als ihre Menge zu reduzieren. Aber die Mehrzahl der Familienbetriebe will dem Markt folgen, die produzierte Milchmenge verringern und keine

Mit Blick auf den Klimawandel dürften Dürren aber wohl zur Regel werden. Sollen die Politik die Landwirte ihrem Schicksal überlassen?

Viel wichtiger als neue Hilfen wäre eine vernünftige Agrarpolitik, denn das von Natur aus gegebene Auf und Ab bei den Ernten kennen wir Bauern seit jeher. Die Dürre ist nur der Tropfen auf dem heißen Stein einer fehlgeleiteten Politik. In der Diskussion um Landwirtschaft wird nicht in jedem Fall mit Wahrheit und Klarheit gearbeitet, sondern mit politischen Willensbekundungen und Ideologien. Je nachdem, wer an der Macht ist, sind die Rahmenbedingungen mal so und mal so. In Deutschland werden höchste Qualitätsstandards in der Lebensmittelherstellung verlangt – was ja auch gut ist

Milchpulvertürme aufbauen, die langfristig den Preis drücken. Diese Erfahrung haben wir oft genug gemacht. Die bäuerliche Landwirtschaft wird kastriert, um Konzerne zu fördern.

Aber nur mit den kleinen Betrieben wird sich Deutschland nicht ernähren können – oder wie Agrarministerin Julia Klöckner (CDU) es sagt: Die Bullerbü-Landwirtschaft hat ausgedient.

Natürlich führt kein Weg zurück nach Bullerbü. Aber die Menschen wollen auch keine durchstrukturierte Landwirtschaft mit riesigen anonymisierten Betrieben, die den ländlichen Raum, die Märkte und die Preise beherrschen. Das ist die grundsätzliche Frage nach dem Leitbild: Wie können wir Rahmenbedingungen schaffen für eine bäuerliche Landwirtschaft mit vielen Selbständigen, die vor Ort leben und arbeiten? Bisher reagieren unsere Familienbetriebe auf all die Auflagen und Schikanen mit Mehrarbeit und Enthaltsamkeit, und dabei arbeiten die Familienmitglieder oft weit unter Mindestlohn. So kann das nicht immer weitergehen.

Das Gespräch führte
Jessica von Blazekovic.



Ackerbauer mit starker Meinung:
Der Bundessprecher der Freien Bauern, Alfons Wolff
Foto privat

Minister Müller legt ein Corona-Programm vor Nachschlag für Entwicklungsprogramme in Milliardenhöhe verlangt

mas. BERLIN. Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) dringt auf ein spezielles Programm zur Bekämpfung der Corona-Krise in armen Ländern. Der CSU-Politiker veranschlagt dafür 3 Milliarden Euro in diesem Jahr. 1 Milliarde Euro finanziere man durch Umstrukturierungen im Haushalt, sagte der Minister am Dienstag in Berlin. Die restlichen Mittel erhofft er sich aus dem Nachtragshaushalt. Wie Müller hervorhob, trifft die Pandemie die Entwicklungsländer besonders hart. Nach seinen Angaben stehen Millionen Menschen durch den

Zusammenbruch der globalen Lieferketten buchstäblich vor dem Nichts, da sie ihr Einkommen verloren haben. In Bangladesch seien 4000 Textilfabriken geschlossen worden, in denen sonst vier Millionen Menschen arbeiteten. Fast 100 Milliarden Dollar seien aus armen Ländern abgezogen worden. Viele könnten nach Einschätzung des Politikers in der Krise zahlungsunfähig werden.

Zugleich erläuterte der Minister die unter dem Kürzel „BMZ 2030“ geplante Umorganisation der Entwicklungspolitik (F.A.Z. vom 29. April). Die direkte

staatliche Zusammenarbeit soll von 85 auf 60 Länder zurückgefahren werden. „Wir konzentrieren, wir konditionieren, wir kooperieren, und wir kontrollieren verstärkt“, erläuterte Müller. Die Länderliste sei dynamisch. Man könne ausscheiden oder wieder aufgenommen werden. Die Partner müssten mehr Eigenleistungen erbringen, gute Regierungsführung aufweisen, Menschenrechte achten und Korruption bekämpfen. Die Organisation One kritisierte, Länder fielen künftig heraus, die am stärksten von Armut betroffen seien.

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER

Kinder brauchen Bakterien und Viren

Zu Ihrer Berichterstattung über Kinder als „kleine Virenschleudern“ (F.A.Z. vom 2. Mai): Aus meiner Sicht als seit mehr als dreißig Jahren praktizierender Ärztin in eigener HNO-Praxis mit Schwerpunkt Allergologie und Immunologie wird bei der Diskussion über Kitaschließungen ein wesentlicher Aspekt nicht angesprochen: Kinder entwickeln überhaupt erst in den ersten Lebensjahren ihr Immunsystem. Das ist ihnen aber nur möglich, wenn sie in ihrem Umfeld, insbesondere im Kontakt mit anderen Kindern, Bakterien und Viren ausgesetzt werden und dadurch die körpereigenen Abwehrkräfte (also ihr Immunsystem) ausbilden und stärken können.

Deshalb erkranken Kinder bis zum fünften Lebensjahr in der Regel etwa alle sechs Wochen an Infekten der oberen Luftwege, in nahezu allen Fällen mit milden Symptomen (Halsweh, Husten, Schnupfen, leichtes Fieber), die rasch überwunden werden. In diesen Zeiten kann dies – neben den längst bekannten Bakterien und Coronaviren – auch das Covid-19-Virus einschließen, welches bei Kindern meistens, wenn überhaupt, nur milde Symptome in Erscheinung treten lässt.

Wenn man Kleinkinder nun über einen längeren Zeitraum in Quarantäne hält und sie, wie derzeit offenbar von den Behörden beabsichtigt, nach ihrer Rückkehr in die Kitas dort strengen Hygienemaßnahmen unterwirft, wie häufige Desinfektion der Hände und Abstandsregeln, dann verwehrt man ihnen die Möglichkeit, ein lebenslang wirrendes stabiles Immunsystem aufzubauen. Das würde sich mittelfristig auf die Gesundheit einer ganzen Altersklasse verheerend auswirken – von den sozialen und psychischen negativen Folgen ganz zu schweigen.

Deshalb müssen Kitas umgehend wieder geöffnet werden, und zwar unter Verzicht auf strikte Abstands- und sonstige Hygienevorschriften, die nur Jugendlichen und Erwachsenen zumutbar sind. Häufiges Händewaschen mit klassischer Seife ist okay, mehr aber auch nicht. Desinfektionsmittel schädigen nämlich den natürlichen Schutz der Haut. Fazit: Unabhängig davon, ob oder in welchem Maße Kleinkinder ansteckend sein könnten, sollte sich der Schutz der Bevölkerung auf gefährdete Personen konzentrieren.

DR. MED. ELISABETH HEROLD,
FRANKFURT AM MAIN

Wir sind erwachsen

Der Artikel von Mona Jaeger „Leben und sterben lassen“ (F.A.Z. vom 30. April) trifft ins Schwarze. Ich lebe in einem Seniorenheim und weiß, wie sehr die Thematik in dem angesprochenen Stück, viele meiner Mitbewohnerinnen und -bewohner bewegt. Natürlich haben wir Verständnis für die Sorgen der Heimleitung, die einen Ausbruch des Coronavirus fürchtet. Unsere Sorge aber ist, dass wir im Fall einer positiv getesteten Person so rasch als möglich ins Krankenhaus verbracht werden, ohne groß nach dem Wunsch des Patienten zu fragen. Wir sind erwachsene Menschen, die sich in der Regel gut informiert haben, wahrscheinlich auch über das eigene Sterben Gedanken gemacht haben. Die sechs medizinischen Fachgesellschaften, die einen knappen, kompakten Leitfaden entwickelt haben, kann man nicht genug loben. Auf dem Weg zum selbstbestimmten Leben und Sterben sollten wir ernstgenommen werden und in keinem Fall wie unmündige Kinder behandelt werden.

CORNELIA SCHMALZ-JACOBSEN, BERLIN

Über den Scheffel

Zum Artikel „Nur die globale Antwort wirkt“ (F.A.Z. vom 2. Mai) von Angela Merkel, Emmanuel Macron, Giuseppe Conte, Erna Solberg, Charles Michel und Ursula von der Leyen (F.A.Z. vom 2. Mai): Hat der französische Staatspräsident, von den anderen unbemerkt, das Licht seines Landes über den Scheffel gestellt? Oder hat das Zeitgefühl unter dem Druck der – ganz und gar heutigen – Verantwortung gelitten? Vielleicht verdarben sechs Köche auch einfach nur den Brei?

Dass die Entdeckungen Louis Pasteurs (1822–1895) „in den letzten dreihundert Jahren Millionen von Menschen das Leben gerettet“ hätten, ist als Aussage jedenfalls vermessend. Hier wurde der Zeitmaßstab verlegt.

DR. MAX BLOCH, KÖLN

Glanzlichter

Auch in dunklen Zeiten kann man sich freuen. Anlässe dazu bieten seit Ende März die Beiträge von Sibylle Aderl in der F.A.Z. über Covid-19. Aderl präsentiert keine Ergebnisse und Behauptungen, sondern erklärt, auf welchen Voraussetzungen sie beruhen, wie sie berechnet werden und wo die Grenzen ihrer Aussagekraft liegen – so in der F.A.Z. vom 26. März in „Die Macher der Zahlen“ über die Daten der Johns Hopkins University, in der F.A.Z. vom 4. April in „Wie tödlich ist Covid-19?“ über Gründe nationaler Unterschiede der Zahl der Todesfälle, am 8. April in „Modelle der Seuche“ über die Logik hinter Simulationen und – großer Sprung – am 29. April in zwei Beiträgen über Probleme der Berechnung von Ansteckungsraten. Aderl zeigt auf einfache Weise, warum bei solchen Fragen nichts sicher ist und man trotzdem vieles ernst nehmen muss. Glanzlichter im ohnehin ausgezeichneten Wissenschaftsteil der F.A.Z.

PROFESSOR EM. DR. HANS MATHIAS
KEPPLINGER, MAINZ

Risiko eines Beamten

Zum Leserbrief „Die Zweiklassengesellschaft gibt es“ von Burkhard Bortz (F.A.Z. vom 22. April): Das Risiko eines potentiellen Kunden wird insbesondere in der Versicherungs- und Finanzwirtschaft bewertet. Hierbei spielen Kündigungsmöglichkeit, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeitergeld, Insolvenz des Arbeitgebers (wenn nicht selbstständig) und so weiter eine Rolle. Dass dann für Beamte bessere Konditionen oder spezielle Tarife rauskommen, ist nicht verwunderlich.

Und wenn Ihr Leser Bortz kein Problem mit der Zweiklassengesellschaft zwischen Beamten/Pensionären und Rentnern hat, so möge er nur mal die von ihm zitierte „Sozialhilfpension“ in Höhe von circa 1600 Euro mit der viel niedrigeren Durchschnittsrente vergleichen. Diese setzt sich aus Zahlungen an alle Arbeitnehmer zusammen und enthält nicht nur die angesprochenen Hartz-4-Empfänger. Über 1600 Euro Rente würden sich viele, die einen guten Beruf hatten, freuen. Übrigens ist die Rente nach oben auf einem nicht gerade hohen Niveau gedeckelt, und über 70 Prozent des früheren Gehalts würden sich viele Rentner ebenfalls freuen. Dies sind nur einige Aspekte. Die Unterschiede waren schon vor Corona ein Problem – da der Bevölkerung, die in großen Teilen finanzielle Sorgen hat, dieses „Risiko“ nicht mehr vermittelbar ist, ist auch dies mit dem nötigen Ernst zu diskutieren. Den Vertretern der Beamten rate ich dabei dringend zu Demut.

ECKARD VON LEESEN, KAHL AM MAIN

Europa neu denken und beherzt handeln

Die kluge Analyse von Professor Dr. Peter Graf Kielmansegg (F.A.Z. vom 20. April) unterscheidet sich wohlthuend von den monotonen Sprechblasen der Berups-EU-Politiker wie auch von den dumpfen Parolen nationalistischer Populisten quer durch Europa. Das Festhalten am Mantra einer sich stetig tiefer integrierenden Union (im Sinne der Vereinigten Staaten von Europa) mit weiteren Souveränitätsverzichten der Mitgliedstaaten würde in Anbetracht der kulturellen und zunehmenden wirtschaftlichen Heterogenität insbesondere vor dem Hintergrund der bereits verbrauchten Legitimations- und Solidaritätsressourcen den sich bereits abzeichnenden Zerfall der EU nur weiter beschleunigen.

Gleichzeitig gebieten die enormen geopolitischen Herausforderungen, die kein europäischer Nationalstaat allein bewältigen kann, eine Bündelung der Gestaltungs- und Verhandlungsmacht der Europäer. Der von Graf Kielmansegg postulierte Paradigmenwechsel ist daher mehr als eine kluge politikwissenschaftliche Vision ferner Zeiten, sondern bedürfte einer schnellen und beherzten Umsetzung.

Bedauerlicherweise löst der Paradigmenwechsel jedoch keinen der beiden klar analysierten Konstruktionsfehler der real existierenden EU; der nicht vorhandene Schutz der Außengrenzen sowie die nur als Transfer- und Schuldengemeinschaft überlebensfähige Währungsunion. Eine Rückabwicklung der zweitgrößten Reservewährung der Welt hätte den Kollaps des globalen Währungs- und Finanzsystems zur Folge und scheidet somit aus. Ebenso ist ein „Heraussparen“ aus den nicht tragfähigen Schulden der lateinischen Länder wie auch alternativ deren wirt-

schaftliche Genesung mit Wachstumsgrößer als Neuverschuldungsraten schlichtweg unmöglich.

Die einzige realistische Möglichkeit zur Lösung des Dilemmas besteht in einer Kombination aus Inflationierung der Schulden, einer Ausweitung der Geldflüsse von Nord nach Süd verbunden mit weiteren Verschiebungen der Haftung in umgekehrter Richtung. Obwohl diese Kombination nur mit massiven Verlusten der weitgehend in Nominalwerten bestehenden Vermögen der Deutschen zu bewerkstelligen wäre, müsste verantwortungsvolle Politik ihre Bürger behutsam auf diese düstere Zukunft vorbereiten.

Zeit bleibt dafür nicht. Die mit der Corona-Pandemie einhergehende Geldflutung beschleunigt das exponentielle Schuldenwachstum des Euro-raums und vorverlagert somit den Zeitpunkt, ab dem auch die Wirtschaftskraft Deutschlands und seiner solide wirtschaftenden Nachbarn die steigenden Transfervolumina und Haftungs- ausweitungen einfach nicht mehr schultern und nur noch Schuldenschnitte und hohe Inflationsraten das Überleben des Euros sichern können.

Das ist ein äußerst schwerer Gang für die Politik und eine bittere Wahrheit für die Deutschen, denen bei der Einführung des Euros eine harte Währung versprochen wurde. Politiker und Ökonomen müssen den Bürgern die Wahrheit offenlegen und vermitteln, dass ein unkoordinierter Zusammenbruch der Gemeinschaftswährung, der sich ohne Transfers und höhere Inflation eher früher als später einstellen würde, weitaus üblere wirtschaftliche und geopolitische Verwerfungen zur Folge hätte als zugegebenermaßen hochgradig unpopuläres Handeln

PAUL-JUSTIN SCHILLING, BONN

Nicht Aufgabe der Nordeuropäer

In seinem Leitartikel „Verschnaufpause, bestenfalls“ (F.A.Z. vom 25. April) unterstellt Hendrik Kafsack, dass es Angelegenheit der Nordeuropäer sei, sich darum zu kümmern, wie die Südeuropäer finanziell aus der Corona-Krise kommen. Warum? Die Länder gehen unterschiedlich damit um, sind unterschiedlich gut darauf vorbereitet, aber das Virus trifft doch alle gleichermaßen.

Selbstverständlich sollten die EU-Staaten bei der Krisenbewältigung eng zusammenarbeiten und einander unterstützen, zum Beispiel dadurch, dass gegenseitig überschüssige Intensivbetten oder Beatmungsgeräte zur Verfügung gestellt werden. Es kann doch aber nicht im Ernst darum gehen, dass die einen den anderen die (Folge-)Kosten der Krise finanzieren, nicht mit Kredit und schon gar nicht als Geldgeschenk, da, wie Kafsack insinuiert, ein Kredit ja ohnehin nicht zurückgezahlt werden könne.

Italien, das ganz besonders lautstark Finanzhilfe fordert, ist ein sehr

reiches Land. Das durchschnittliche Nettovermögen je Erwachsenen ist in Italien etwa zweieinhalbmal so hoch wie in Deutschland. 72 Prozent der Italiener (51 Prozent der Deutschen) wohnen in den eigenen vier Wänden. Ein Italiener geht im Schnitt eineinhalb Jahre früher in Rente als ein Deutscher, und das mit 92 Prozent seines letzten Nettoeinkommens. Diese großzügige staatliche Altersversorgung ist maßgeblich für die hohe italienische Staatsverschuldung verantwortlich, über die mindestens seit der Finanzkrise 2008 ständig diskutiert wird. Das ist absolut in Ordnung. In Demokratien ist die Staatsverschuldung Ergebnis entsprechender Parlamentsentscheide. Es kann aber nicht angehen, dass Italien jetzt nicht die eigenen, sondern niederländische, deutsche oder gar estnische und slowakische Steuerzahler auffordert, ihr Land zu finanzieren.

ERNST VON RANDOW, BERLIN

Zweites Standbein

Zum Beitrag „Dividendenpause“ von Markus Frühauf (F.A.Z. vom 29. April): „Dividendenpause“ klingt sehr gut, es werden bestimmt zahlreiche Beifallsbekundungen eingehen. Doch nach Sparbuch, festverzinslichen Anleihen verbleiben nur noch Aktien, die Dividende ausschütten, als zweites Standbein zur staatlichen Rente. Als uneinsichtiger Aktionär würde man vielleicht einsichtiger werden, wenn jeder Bürger, der noch in Lohn steht, für einige Monate auf seinen Lohn verzichten würde. Ich denke zum Beispiel auch an Journalisten.

DR. DIETRICH THEOBALD, KREUZWERTHEIM

Nicht nur Privatleute

Zu „Regierung will Dividenden untersagen“ (F.A.Z. vom 28. April): Verschiedentlich berichten Sie über Forderungen zur Reduktion oder Aussetzung von Dividendenausschüttungen, insbesondere bei Unternehmen mit staatlicher Corona-Unterstützung. Man bedenke, dass nicht nur Privatleute ihre Altersversorgung mit Aktien hinterlegt haben. In den vergangenen Jahren haben gemeinnützige Stiftungen vermehrt in Aktien investiert, um ihre Stiftungszwecke aus Dividenden erfüllen zu können. Dividendenausfall würde weite Teile der Gemeinnützigkeit massiv treffen.

PROFESSOR DR. DRs. H. C. KLAUS
BROCKHOFF, KOBLENZ